

SED-Regime und Adventgemeinde

Eine für unsere Überlegungen interessante Frage scheint zu sein: Hat das SED-Regime die kleineren Kirchen anders gesehen und behandelt als die großen? Haben sich die 'Kleinen' dem Regime gegenüber anders verhalten als die Großen? Ich kann hier nur für die Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten sprechen und dies auch nur mit dem Vorbehalt der Subjektivität. Einmal habe ich bisher nur wenige schriftliche Quellen einsehen können (ich muß mich also im wesentlichen auf persönliche Erfahrungen und Beobachtungen stützen), zum anderen sind auch die kleineren Kirchen bei weitem nicht so homogen, wie Außenstehende vermuten; d.h. im Verhalten zum Regime gab es auch in der Adventgemeinde von Person zu Person Unterschiede.

Zur Forschungslage nur einige Bemerkungen: Wir sind über Ansätze noch nicht hinausgekommen. Am wichtigsten ist eine Artikelreihe von Johannes Hartlapp¹. Interessant ist ein Bericht des US-Universitätsprofessors Roy Branson 'Zwei Jahre nach der Revolution: Deutschland und die Tschechoslowakei. Der Spectrum-Herausgeber trifft Adventisten, die geholt haben, Mauer und Eisernen Vorhang zu überwinden'². - Von mir gibt es die Niederschrift eines Vortrags vom 1. Juni 1990³ sowie einen Aufsatz 'Kirche und Staat in Ostdeutschland 1945 bis 1990'⁴.

Lassen Sie mich beginnen mit einem Erlebnis aus den 70er Jahren, das mir einige schwere Monate bereitete, aber die Atmosphäre jener Zeit wiedergibt.

Ich wurde in dubioser Form zu einem 'Gespräch' ins VPKA (Volkspolizeikreisamt) Burg geladen: seidenpapiergefüllter Umschlag ohne Absender, darin eine Vordruckkarte, wiederum ohne Stempel und Unterschrift und mit einem Absendedatum, das Wochen nach dem gewünschten Gesprächsdatum lag. Weil gerade Faschingszeit war, hielt ich das Ganze für einen Faschingsscherz meiner Studenten. Vielleicht hatten sie sich einen Vordruck beschafft und irgendwie präpariert? Ich vergaß die Sache. Doch prompt am gewünschten Tag erhielt ich einen Anruf vom VPKA: Warum ich nicht gekommen sei? Ich war perplex. Man entschuldigte sich wegen der Form der Einladung, man werde das überprüfen. - Das Gespräch dauerte mehrere Stunden, das Klima war freundlich-höflich. Apfelsaft und Plätzchen auf dem Tisch. Und doch: vergitterte Fenster. Der Gesprächspartner stellte

1 Die Adventgemeinde im sozialistischen Deutschland, veröffentlicht im 'Adventecho' von Januar bis März 1994.

2 Deutsche Übersetzung des Aufsatztitels. In: 'Spectrum' (März 92), S. 173-195.

3 In: Der Adventglaube in Geschichte und Gegenwart 33 (1990), S. 6-17.

4 In: Gewissen und Freiheit (2. Halbjahr 1991), S 52-59.

sich als Leutnant Sowieso aus Magdeburg vor. Man kenne sich doch so wenig, möchte ein gutes Verhältnis gewinnen usw. Tausend Fragen, keine außergewöhnlich, keine Personalien, nichts wirklich Heikles, allesamt Fragen zu Glauben und Leben der Adventisten. Worauf wollte er hinaus? Zum Schluß die Bitte, zu niemanden über die Begegnung zu sprechen, und die Frage, ob man mich wieder einmal zu einem Gespräch bitten dürfe. Die Vertraulichkeit versprach ich nur eingeschränkt - denn, so sagte ich ihm, das Telefonat mit ihm habe mein Chef mitgehört (ich führte es in seinem Arbeitszimmer). Wörtlich fügte ich hinzu: »Ich wüßte nicht, warum ich mit solchem Gespräch in Friedensau von Haus zu Haus gehen sollte«. Sehr bald wurde mir klar, daß diese verschwommene Antwort ein fundamentaler Fehler war. - Schwere Wochen folgten. Was nun tun? Ich informierte als erstes den Präsidenten der Gemeinschaft in der DDR. Dann legte ich mir das weitere Vorgehen zurecht. Nebenher bat ich unseren Bürgermeister, einen pensionierten Pastor, vorsichtig zu sondieren, was es mit jenem Leutnant auf sich habe. Das machte er auch, aber denkbar undiplomatisch, ganz direkt. - Schließlich das nächste Gespräch. Der Leutnant war sichtlich verärgert: Wir hätten doch Vertraulichkeit vereinbart. Wie ich dazu komme, über ihn Erkundigungen einzuholen. Ich versuchte einen Scherz: Schließlich habe er sich auch über mich erkundigt - oder nicht? Nun aber meine 'Strategie': Ich erklärte ihm, die Prediger der Adventgemeinde seien eine Bruderschaft und daher prinzipiell zu gegenseitiger Offenheit verpflichtet. Wir hätten aber Verständnis für Wünsche wie dem seinen und würden dafür bestimmte Brüder delegieren. Wer denn das sei? Ich nannte ihm den Leiter des Seminars und den Präsidenten der Gemeinschaft. An ihnen habe er kein Interesse. Ich blieb dabei: Er könne mit mir jederzeit Gespräche führen, aber nicht vertraulich; wenn er vertrauliche wünsche, dann mit den genannten Herren. Ich bin nie wieder eingeladen worden. Übrigens hat mir dieser Vorfall keine wesentlichen Schwierigkeiten eingebracht. Ab 1978 gehörte ich zu denen, die 'reisen' durften. Wenn ich aber einen privaten Wunsch hatte (so wollte ich zu meinem 60. Geburtstag meinen Sohn im Ausland besuchen, und ich wußte genau, daß das VPKA einen Ermessensspielraum hatte), bekam ich ein hartes Nein. Ein Offizier entgegnete mir auf meine Beschwerde wörtlich: »Sie sind wie ein Mensch, der auf der Sparkasse 100 Mark abheben will, aber gar nichts auf dem Konto hat«. War für uns Adventisten eine Abteilung der Kriminalpolizei zuständig und nicht der Staatssicherheitsdienst, oder schien das nur so? Wie war tatsächlich die Kompetenzlage?

Das Verhältnis der Kleinkirchen oder doch der meisten (pietistisch geprägten) von ihnen zum SED-Regime muß gesehen werden vor dem Hintergrund zweier Faktoren: eines theologischen und eines historischen. Der theologische Faktor: Wir haben ein evangelikales Staatsverständnis, d.h. prinzipielles Ja zum Staat, zu *jedem*, gemäß Röm. 13, andererseits Treue, ja

Härte, wenn der Staat mehr fordert, als biblisch zulässig erscheint. Diese Haltung, die man begrenzte Loyalität nennen könnte, ist von uns mehrfach in gemeinschaftsoffiziellen Dokumenten öffentlich formuliert worden. Natürlich war das dem Staat zu wenig, und hin und wieder ist uns das auch gesagt worden, und wir bekamen die Folgen zu spüren. Daß nichts Schlimmeres geschah, etwa blutige Verfolgung, lag am politisch-historischen Gesamtzusammenhang, in den die DDR eingeflochten war.

Für uns Adventisten waren im allgemeinen indiskutabel: eine Verletzung des Sabbats, ein Mittun in Sachen Jugendweihe, Waffendienst, Schwangerschaftsabbruch usw. (um nur die wichtigsten, praktischen Dinge zu nennen). Freilich, vor dieser Grenze, auf die wir im großen und ganzen achteten, konnte es auch Peinlichkeiten geben - naive Anbiederungen und Lobsprüche, resultierend eben aus jenem evangelikal-biblizistischen Staatsverhältnis und seiner nicht unbedenklichen apolitischen Komponente (die vielleicht auch in eine tiefere Schicht reicht: in jene evangelikale Tendenz zu einer kasuistischen Ethik, die leider auch manches Kamel verschlucken läßt).

Der zweite, historische Faktor: Wir trauerten keiner staatskirchlichen Vergangenheit nach, wir waren nie privilegiert, ja wir sind bis 1918 oft diskriminiert worden (Beschädigung von Taufbassins seitens der Polizei, Verbot von Versammlungen usw.). Daher mußten wir die Tatsache der Gleichbehandlung, die wir nun ziemlich eindrucksvoll erfuhren, als sympathisch erleben. Das ließ uns dem Staat unbefangener gegenüberreten. Das evangelikale Staats- und Politikverständnis darf freilich - wenigstens im Blick auf die Adventgemeinde - nicht allzu eng, als bloße Untertanenhaftigkeit, als obrigkeitsfromm aufgefaßt werden. Die Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten in der DDR hat sich am konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (nicht unkritisch) beteiligt. Daß sie nicht zu den Initiatoren und starken impulsgebenden Kräften gehörte, versteht sich von ihrer Theologie und Geschichte her.

An dieser Stelle soll auf zwei Dokumente hingewiesen werden, die für die Adventgemeinde in der DDR bestimmend waren: Grundsatzserklärungen aus den 70er und 80er Jahren (Beschlüsse von Verbandskonferenzen). Sie sind im Anhang veröffentlicht.

Wie schätzte der Staat oder besser die Partei uns ein? Ich kann nur aus Indizien vage Schlüsse ziehen. Einerseits hatte man mit uns wohl weniger Schwierigkeiten: Wir waren eben nicht annähernd ein Machtfaktor und wollten auch keiner sein. Doch andererseits hatte man mit uns mehr Schwierigkeiten. Schulbehörden, Armee, Betriebsleitungen waren häufig und lästig mit uns befaßt. Das ergibt ein ambivalentes Bild. Welche Komponente überwog? - Hielt man uns für eher kooperativ oder für eher gefährlich? Waren die Behörden überhaupt fähig, komplizierte religiöse Phänomene richtig einzu-

schätzen? Ich denke hier an die m.E. groteske Überschätzung der Zeugen Jehovas oder an das absurde Verbot der Heilsarmee.

Einerseits gab es erstaunliches Entgegenkommen (bewußt?); z.B. hatten wir ein im Vergleich zu anderen viel zu großes Papierkontingent. Andererseits erhielten wir eine Gemeindezeitschrift erst ab 1980, nach langjährigem Kampf. Baptisten und Methodisten hatten ihre Blätter längst.

Einerseits hatte uns ein Schweriner Polizeioffizier - im Gespräch mit mir - als »Revolutionäre« eingestuft, andererseits befand uns Gysi als »nette Leute«.

Interessant, um nicht zu sagen komisch, ist folgende Beobachtung: Während die katholische Kirche heute hervorhebt, nur mit der Staatssicherheit, aber nie mit der Partei verhandelt zu haben, betonen wir, zwar mit der Partei, aber nie mit der Staatssicherheit gesprochen zu haben. Was war moralischer? Was war klüger?

Wir entschlossen uns zum Kontakt mit der Abteilung Kirchenfragen beim ZK der SED, weil wir beim Staatssekretariat für Kirchenfragen nicht weiterkamen und meinten, an die Hebel der Macht gehen zu sollen (was sich als richtig erwies).

Man hat m.W. nie ernsthaft versucht, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen. Wir konnten in Friedensau am damaligen Theologischen Seminar von Anfang an (mit ursprünglich sowjetischer Erlaubnis!) unbeeinflusst und ohne Auflagen arbeiten. In der NS-Zeit war die Lage unvergleichlich schwieriger, ja immer gefährlich und bedrohlich. Ein Ausnahmefall war die blitzartige kriminalpolizeiliche Durchsuchung der Bibliothek 1958. Heute wissen wir, daß wohl als Reaktion auf den Militärseelsorgevertrag damals viele kirchliche Bibliotheken durchschnüffelt und einige auch geschlossen wurden.

Auch unsere Gemeindezeitschrift arbeitete unabhängig. Es gab nie auch nur den Ansatz einer Anbiederung, aber genug Ärger mit der Zensurbehörde.

Wie sah die Zugehörigkeit zu Parteien aus? Meines Wissens gab es in Friedensau und in der Predigerschaft keine Parteimitglieder (*keiner* Partei), im Ganzen der Adventgemeinde in der DDR wohl höchstens eine Handvoll CDU-Mitglieder. Die CDU hat Friedensau immer umworben, sie sah in unserem Bürgermeister einen potentiellen CDU-Mann. Interessant ist, daß in den 60er Jahren eine Burger Dienststelle unserem Bürgermeister bedeutete, daß man einen parteilosen Bürgermeister einem in der CDU vorziehe. Als in den 70er Jahren Gerald Götting, immerhin stellvertretendes Staatsoberhaupt, Friedensau einen als privat deklarierten Besuch abstattete, waren die Burger Kreisgewaltigen verstimmt.

Ich möchte die Parteienabstinenz der Adventisten hier nicht unbedingt als Heldentat preisen, so erfreulich sie im Nachhinein erscheint: Gewiß ist sie *auch* Ausdruck einer, wenn auch nicht totalen Politikabstinenz.

In dem Zusammenhang meine ich einige Bemerkungen zur CDU machen zu sollen. Die Wirklichkeit der Ost-CDU war m.E. komplexer, als dies heute dargestellt wird. Sie war 'Blockflöte', aber nicht nur dies. Sie war auch Überlebensnische, vielleicht auch heimliche Opposition. Die CDU hat in den Grenzen ihrer Möglichkeiten auch zu helfen versucht. Darf man den Kirchen, vornehmlich den kleineren, böse sein, wenn sie in dem einen oder anderen Fall solche Hilfe oder Vermittlung zu nutzen suchten?

Zum Problem der Ost-CDU die folgende, höchst eigenartige persönliche Erinnerung. In den Wochen um den 17. Juni 1953 war meine Frau, damals Verlobte, aushilfsweise Sekretärin des stellvertretenden Oberbürgermeisters von Chemnitz, Jaskola, CDU. Sie mußte während einiger politisch aufregender Tage Jaskola Texte schreiben (Protokolle, Programme usw. aus CDU-Gemien), die auf eine beabsichtigte Machtübernahme durch die CDU hindeuteten. Meine Frau mußte die Papiere auf Anweisung Jaskolas im Zimmer verstecken. Soweit die persönliche Erinnerung, die wir bis heute nicht einordnen können.

Für die Forschungsarbeit heute sind zwei Gebote unerläßlich:

1. sollte genau auf den jeweiligen Zeitabschnitt geachtet werden! Die bösen Jahre 1952/53 etwa waren anders, viel schwerer als die Spätphase der DDR, die m.E. mit der Ölkrise Mitte der 70er Jahre einsetzte. Als ich 1962 als Pastor nach Schwerin kam, erzählte mir einer meiner Vorgänger, wie er nur zitternd am VPKA vorbeiging. Damals kam, mitten in einer Jugendbibelwoche (Jugendfreizeit), die Polizei auf den Hof der Kapelle und löste die Veranstaltung auf. In der Spätphase der DDR konnte schon von einer gewissen Liberalisierung gesprochen werden, in der Kirchen- und Kulturpolitik (aber nie, bis zuletzt nicht, in der Schulpolitik). Was Adventisten - und gewiß nicht sie allein - gelitten haben (von der Spätphase des Regimes abgesehen), mußte gesondert dargestellt werden. Was für Ängste mußten durchgestanden werden! Eltern und Kinder sind von Lehrern und Schulleitern drangsaliert worden (wobei nicht übersehen werden soll, daß es im Schulwesen auch viele anständige und hilfsbereite Menschen gab). Viele, viele begabte junge Adventisten durften nicht auf höhere Schulen und Universitäten. Auch das Bau-soldatendasein war oft schwer. Wegen des Beharrens auf dem Sabbat wurden Haftstrafen oder Entziehung des Sorgerechts angedroht. Allgemein kann gesagt werden, daß der entschiedene und seinen Glauben bezeugende Christ diskriminiert war.

2. sollte auf sorgfältigste Hermeneutik geachtet werden! Mit Erstaunen erlebt man heute, daß gerade Theologen, die doch an der Bibel in Herme-

neutik geschliffen worden sind, über den Stasi-Akten einfache hermeneutische Regeln vergessen - oder unbewußt demonstrieren.

Die SED-Sprache war von Lüge und Pose durchtränkt. Der Staat belog sich selber. Es war z.B. unerlässlich, daß alle möglichen staatlichen Berichte, Pläne usw., vom winzigsten Dorf bis zum Staatsrat, mit 'prinzipiellen' Präambeln versehen wurden. Deren Wortlaut mußte mehr oder weniger buchstäblich den Texten des jeweils letzten SED-Parteitagess entnommen sein. Natürlich mußte sich auch die Kommune Friedensau diesem Ritual bequemen. Sie versuchte das zwar mit möglichst viel Anstand, doch ein Minimum an Loyalitätsbekundung war unvermeidlich. Solche Präambeln wurden kaum gelesen, sie waren Formsache. Dazu kommt, daß alle Funktionäre unter Erfolgsdruck standen. Immer neue Vorhaben mußten geplant, immer neue Erfolge mußten berichtet werden. Auch Stasitexte sind durchwoben von Irrealität.

Vieles, vielleicht das Wichtigste wurde nur mündlich verhandelt und weitergegeben. Manche Papiere mußten nach dem Lesen zurückgereicht werden (glückliche Zeit ohne Kopiergeräte!). Heimlichkeit und Mißtrauen waren Prinzip. Natürlich war auch der Gegner zur Vorsicht gezwungen. Wahrscheinlich ist das politisch eigentlich Brisante kirchlicher Beratungen gar nicht protokolliert worden.

Anläßlich der Staatsjubiläen (am 7. Oktober) war es allgemeine protokollarische Pflicht, daß auch die Kirchen ein Glückwunschsreiben verfaßten. Es wäre nicht richtig, solche Schreiben als 'Ergebenheitsadressen' einzuordnen. Wenn Bonner Politiker zu solchen Anlässen in DDR-Botschaften erschienen, waren das auch keine Ergebenheitsakte. Unser letztes Schreiben dieser Art, zum 7. Oktober 1989, war würdig-zurückhaltend und nicht ohne Kritik. Leider ist es vom 'Neuen Deutschland' (dem Zentralorgan der SED) verfälscht abgedruckt worden (Anhang).

Dies alles war nicht unproblematisch. Und wir kommen in dem Zusammenhang um eine grundsätzliche ethische Überlegung nicht herum. Dürfen wir den Weg einer partiellen Anpassung gehen? Oder müssen wir uns total verweigern? Totale Verweigerung hieß in der DDR Auswanderung oder Gefängnis (wobei schon der Versuch der Auswanderung oft im Gefängnis endete). Wollte die alte Bundesrepublik den Massenexodus? Oder suchte sie nicht auch einen modus vivendi? Man denke an die zahlreichen Besuche westdeutscher Politiker in der DDR. Manchmal war's schon ein peinliches Schlangestehen. Man denke an die Kredite, an Honecker auf dem roten Teppich, das Geburtstagsständchen für Strauß im Leipziger Gewandhaus usw. Heute mag man einwenden: Um des Friedens willen mußten wir Verständigung suchen. Das ist richtig. Doch ehrlicherweise sollte dann anerkannt werden, daß die Menschen in der DDR den ethischen Preis dafür zu zahlen hatten. Nur verschwindend wenige konnten so etwas wie Totalverweigerung

durchstehen - als Totengräber auf kirchlichen Friedhöfen, als Kirchenküster usw. Die Zahl solcher Nischen war gering.

Schon 1945/46 war klarsehendes junges Menschen in der damaligen Sowjetzone die hier beschriebene Problematik deutlich geworden. Die Behauptung einer antifaschistisch-demokratischen Frühperiode, etwa von 1945 bis 1948, ist eine Legende, gezimmert von Kommunisten wie Ernst Bloch oder Hans Mayer, die so ihr anfängliches Mitmachen rechtfertigen wollen. Es gab damals leidenschaftliche Debatten: Sollen wir aussteigen - z. B. aus dem Lehrerberuf - oder versuchen, durch Bleiben guten Einfluß auszuüben? Hat das Sinn oder geben wir uns scheinbar selbster selber auf? Ich weiß noch, wie damals kirchliche Amtsträger (auch katholische) geraten haben: Bleibt, bleibt um der Menschen willen auf euren Plätzen!

Längst wissen wir um die Risiken solchen Bleibens und Ausharrens, wissen, daß z.B. Kompromisse immer weiter reichen und daß es immer schwerer wird, die Bremse zu ziehen. Heute nun sieht sich mancher wohlmeinende Funktionär (z.B. Schulleiter) mit Entlassung oder Rentenkürzung bestraft - wegen 'Systemnähe'.

Was also, um diese Frage zum Schluß zu stellen, was also haben wir falsch gemacht, wir 'Kleinen', im besonderen wir Adventisten? Ich könnte verweisen auf unsere Leipziger Gemeindeältesten, auf junge Prediger, auf Gemeindeglieder, die zur Nikolaikirche gingen, als man noch nicht wissen konnte, ob man hinterher wieder zu Hause sein wird. Ich könnte verweisen auf die junge Adventistin, die sich beim Verlassen der Petrikerche in Chemnitz umwandte und die anderen aufforderte, mit auf die Straße zu kommen und eine Demonstration zu bilden. Sicher fänden sich weitere Beispiele des unmittelbaren politischen Widerstands. Und dennoch ist *dieses* Verhalten für uns nicht typisch gewesen. Typisch war für uns eher das evangelikale Modell mit all seinen Schwächen wie unbestreitbaren Vorzügen. Wir fragen uns heute: Hätte uns in einigen Fällen nicht doch ein größeres Maß politischer Sensibilität, politischer Wachheit gut angestanden?

Die schönste Erinnerung an jene, nun schon so weit zurückliegende Zeit ist das Erlebnis der Ökumenizität. Ich wünschte, daß davon etwas bliebe.

Fazit: Haben wir uns bewährt? Oder haben wir versagt? Auf die Gefahr, als pharisäisch mißverstanden zu werden, wage ich die Antwort: Ich wüßte nicht, wie wir uns prinzipiell hätten anders verhalten sollen. Heißt das nun, daß wir uns bewährt haben? Ich wage kein Ja. Denn selbst 'kleines', lediglich punktuell Versagen kann schwerwiegende, weitreichende Folgen haben - Folgen, die wir Menschen gar nicht überschauen können.

Anhang

Verbandskonferenz Leipzig (1977)

Arbeitsgruppe IV

Beschluß »Der Adventist und die Gesellschaft«

Als Siebenten-Tags-Adventisten in der DDR sind wir Glieder der Gemeinde Jesu Christi und zugleich Bürger des sozialistischen Staates. Beiden Lebensbereichen gilt es, in der Verantwortung vor Gott und geleitet vom Heiligen Geist gerecht zu werden. Wir wollen unseren Platz in der sozialistischen Gesellschaft einnehmen und unseren Beitrag zum Wohl des Ganzen leisten. Wir sind bereit, Mitverantwortung zu tragen für die Gesellschaft, ob im Betrieb, in der Nachbarschaft oder im Wohnort. Adventisten sollten in ihrer Arbeit vorbildlich und gewissenhaft sein, sollten herausragen in Gemeinsinn und Hilfsbereitschaft. Nichts wäre unheilvoller, als wenn wir uns aus falsch verstandener Frömmigkeit oder gar Eigennutz isolierten. Nur im Alltag, in der gemeinsamen Arbeit und im Zusammenleben mit unserer nichtchristlichen Umwelt, können wir unser Christsein glaubhaft machen. Nur als Christen in der Welt können wir das Evangelium mit Worten weitersagen, die der Welt verständlich sind.

Gott hat uns in dieses Land gestellt; hier haben wir unseren Auftrag: die Christusbotschaft zu bezeugen. In der Nachfolge unseres Herrn wollen wir froh und zuversichtlich unsere Umwelt auf den Kommenden hinweisen.

Nach dem Zeugnis der Bibel ist es normal und förderlich, wenn das Verhältnis zwischen beiden Anspruchsbereichen - dem Gottes und dem der Gesellschaft - nicht problemlos ist. Das führt uns zum Gebet und schenkt uns Glaubenserfahrung. Siebenten-Tags-Adventisten haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß auch für sie das Apostelwort gilt: »Man muß Gott mehr gehorchen denn den Menschen« (Apg. 5,29).

Gott segne alle Bemühungen, die dem Frieden dienen!

Verbandskonferenz Leipzig 1987 (Auszug)

2.1 Unser Verhältnis zur Welt

2.1.1 Unser Verhältnis zur Welt wird von der Spannung zwischen Offenheit und Abgrenzung bestimmt. Einfluß gewinnen wir nicht in der Isolation. Richtschnur für unser Verhalten ist Jeremia 29,7: »Suchet der Stadt Bestes [...] und betet für sie zum Herrn!« In der Welt nehmen wir die uns von Gott zugewiesene Aufgabe wahr durch soziales Engagement und Fürbitte. Darum empfehlen wir die Beteiligung an gesellschaftlichen Veranstaltungen und Arbeiten in Verantwortung vor Gott.

2.1.2. Bei unserer gesellschaftlichen Offenheit lassen wir uns nicht in ein »fremdes Joch« spannen.

2.1.3. Wir Siebenten - Tags - Adventisten haben mit der Erziehung zu gesunder Lebensweise eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe übernommen. Zur Ehre des Schöpfers und Erlösers gehen wir verantwortlich mit Leben und Gesundheit um.

2.1.4. Auf Verbandsebene sollte bei besonderen Anlässen zu Weltproblemen und politischen Fragen mit Sachkenntnis Stellung genommen werden.

2.1.5. Wir beteiligen uns an Hilfsaktionen zur Linderung der Not in der Welt.

2.2. Unser Verhältnis zum Staat

2.2.1. Wir freuen uns über das wachsende Verständnis unseren Staates für den Glauben und das Leben von Christen und Siebenten - Tags - Adventisten. Wir

- wollen Vorurteile abbauen und den Auftrag, für alle Obrigkeit zu beten (1 Tim 2,2), ernst nehmen.
- 2.2.2. Obgleich wir unter einer atheistischen Obrigkeit leben, halten wir ihre Ordnung ein, sofern sie nicht den Willen Gottes entgegengesetzt sind. Wir sind zuverlässige Partner im Kollektiv und bemühen uns, zum Nutzen der Gesellschaft zu wirken. Wir nehmen die uns in der Verfassung der DDR zugesicherte Glaubens- und Gewissensfreiheit voll in Anspruch.
- 2.2.3. In strittigen Fragen (z.B. Sabbatgottesdienstbesuch und seelsorgerliche Betreuung von Armeeingehörigen, ziviler Wehrersatzdienst, Chancengleichheit im Bildungsbereich, Möglichkeit der Seelsorge im Strafvollzug, Wehrkunde) suchen wir das offene Gespräch und nicht Konfrontation.
- 2.2.4. Wir treten für Gerechtigkeit, Frieden und Abrüstung ein und wenden uns gegen den Aufbau von »Feindbildern«.
- 2.2.5. Unser Missionsgebiet ist dort, wo wir wohnen. In unserem Staat wird jeder Siebenten-Tags-Adventist als Missionar Gottes gebraucht. Darum ermutigen wir, unser Land nicht zu verlassen. Seelsorgerliche Aufmerksamkeit ist dort geraten, wo sich Gemeindeglieder mit Ausreiseplänen tragen.
- 2.3. Unsere Stellung innerhalb der Christenheit
- 2.3.1. Im Verhältnis zu Kirchen und anderen Gemeinschaften stehen uns weder Minderwertigkeitskomplexe noch Überheblichkeit an.
- 2.3.2. Adventisten sind dankbar für Bruderschaft mit anderen Christen. Auch wenn wir Lernende bleiben wollen, soll uns bewusst sein, was wir auf Grund unserer Erkenntnis und Erfahrung zu geben haben.
- 2.3.3. Um andere Christen besser verstehen und ihnen hilfreicher begegnen zu können, müssen wir selber eine klare Position vertreten. Deshalb erbitten wir von der Gemeinschaftsleitung konfessionskundliche Informationen und mehr Mitteilungen über religiöse Tendenzen.

Gemeinschaft der STA in der DDR

An den
Vorsitzenden des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Herrn Erich Honecker
Marx-Engels-Platz

Berlin
1020

Sept 1989

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Staatsrates!

Am 7. Oktober 1989 wird die Deutsche Demokratische Republik 40 Jahre alt. Für uns, die wir als Gemeinschaft der STA in der DDR diese 4 Jahrzehnte mitlebten und miterlebten, ist das Anlaß auf den hinter uns liegenden Weg zurückzublicken. Vieles läßt uns dankbar sein.

Wir konnten neue Gotteshäuser bauen und einweihen. Unser Theologisches Seminar gewann wieder internationale Bedeutung. Neben jungen Leuten aus den Gemeinden in der DDR erhielten auch Studenten aus Angola, Mosambique, der UdSSR und anderen Ländern ihre Ausbildung in Friedensau. Geldspenden der Gemeindeglieder ermöglichten vielfältige Hilfssendungen, die wir über das Solidaritätskomitee der DDR besonders unseren afrikanischen Gemeinden zuführen konnten.

Die Verordnung über einen waffenlosen Dienst in der Volksarmee vom 7. 9. 1964 brachte für viele junge Männer, die auf Grund ihrer Glaubensüberzeugung den Dienst mit der Waffe ablehnen, eine Gewissensentlastung.

Mit Dankbarkeit durften wir wahrnehmen, daß das Verständnis für eine 'ungestörte und ungehinderte Sabbatfeier' (Rechtslexikon, Staatsverlag der DDR 1988) gewachsen ist. Dennoch auftretende Schwierigkeiten konnten weitgehend durch offene, sachliche Gespräche mit staatlichen Dienststellen beseitigt werden. Wir möchten hierbei besonders die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen erwähnen, die immer bemüht war und ist, eine angemessene Problemlösung zu finden.

Gegenwärtig bedrückt uns, daß viele Bürger der DDR und auch manche Gemeindeglieder unser Land und damit auch unsere Gemeinde verlassen. Uns bewegt dabei die Frage: Warum gehen sie von uns? Wo liegen die Ursachen, daß besonders junge Menschen, die ihre Schul- und Ausbildung bei uns erhielten, die mit uns lebten und arbeiteten, die DDR verlassen haben oder noch verlassen wollen? Wir bitten, diese Frage auch auf höherer Ebene ernstlich zu bedenken und helfende Antworten zu finden.

Dankbar sind wir für Sätze wie: 'Unsere sozialistische Gesellschaft bietet jedem Bürger unabhängig von Alter und Geschlecht, Weltanschauung und religiösem Bekenntnis, Sicherheit und Geborgenheit, eine klare Perspektive und die Möglichkeit, seine Fähigkeiten und Talente, seine Persönlichkeit voll zu entfalten' (Erich Honeker, Oktober 1976). Wir wünschten aber, daß solche positiven Aussagen immer und überall praktiziert würden, damit tatsächlich 'jedem Bürger' die DDR zur Heimat wird, in der er sich wohl und geborgen fühlt.

In vielen kirchlichen und auch staatlichen Einrichtungen für Kranke, Alte und Behinderte ist die Personalnot groß. Wir bitten zu erwägen, ob der Einsatz von Bausoldaten in solchen Häusern Abhilfe schaffen und eine für beide Seiten befriedigende Lösung sein könnte.

Dies Überlegung bitten wir als Ausdruck unserer Anteilnahme an der weiteren Gestaltung der DDR zu verstehen.

In Fürbitte Ihrer und Ihrer hohen Verantwortung gedenkend, grüßt Sie im Namen der Gemeinschaftsleitung

L. Reiche

Präsident der Gemeinschaft der STA